

Juristische Kriegsführung kommt in Mode: Das neue geopolitische Gerüst

Noch mehr Dreck, mit dem Präsident Putin lächerlicherweise als angeblich angeklagter „Kindesentführer“ beworfen wird.

25. März 2023 | Alastair Crooke

Es scheint immer wieder auf die gleiche Frage zurückzukommen: Hat Europa das richtig durchdacht? Auch hier lautet die wahrscheinliche Antwort „Nein“. Wahrscheinlicher ist, dass der Schlag gegen Präsident Putin eher als clevere „Optik“ gesehen wurde – das Bild des vom Internationalen Strafgerichtshof ausgestellten Haftbefehls gegen Putin, wobei ein deutscher Beamter [FDP Buschmann] unumwunden erklärte, dass Deutschland den Haftbefehl vollstrecken werde, sollte Putin das Land besuchen.

Der Trick könnte sich als ebenso kontraproduktiv erweisen wie der Versuch, die russische Wirtschaft durch einen Finanzkrieg zum Einsturz zu bringen. Das war ein weiterer Versuch, der nicht gut ausgegangen ist! Anstelle eines Finanzkrieges ist nun also die juristische Kriegsführung gegen den russischen Präsidenten an der Reihe.

Natürlich wird der Haftbefehl nie zustande kommen, aber die Gründe dafür sind offensichtlich: Die USA haben bereits Präsident Xis Vermittlung zwischen dem Iran und Saudi-Arabien verächtlich abgetan und Xis früheren Aufruf zu einem Waffenstillstand in der Ukraine kategorisch abgelehnt. Die Möglichkeit, dass Xi in Moskau (in Abwesenheit der USA) einseitig einen Deal mit der Ukraine vorschlägt, erschreckt das fragile Weiße Haus – es würde Biden schwach aussehen lassen.

Es ist nicht klar, ob Xi die Absicht hat, sich in der Ukraine voll zu engagieren, aber es wird erwartet, dass von Präsident Xis Gipfel mit Putin in dieser Woche weltweit wichtige Erklärungen und Vereinbarungen ausgehen werden. Und selbst wenn er in der Ukraine nicht eingreift, hat sich Pekings Sprache – und direkt von Xi – gegenüber den USA und deren Missbrauch der Ukraine als Instrument zur Schwächung Russlands verschärft. Auch hier wird Biden als schwach dargestellt, als Verlierer im großen Spiel der Dreiecksbeziehung zwischen den USA, Russland und China.

Sollte sich Xi nicht einmal besonders auf den Ukraine-Krieg konzentrieren, reicht das Bild von China und Russland, die sich gegen Bidens „regelbasierte Ordnung“ verbünden, aus, um in Washington die Zähne knirschen zu lassen – und das in einem heiklen Moment, in dem Washington auf einen letzten ukrainischen Wurf hofft, mit einer Art Frühjahrsoffensive, bevor es allzu offensichtlich wird, dass Kiew seine Arbeitskräfte und Munition verbraucht hat – und das Biden-Team gezwungen ist, „weiterzumachen“.

Da haben wir es: Noch mehr Dreck, mit dem Präsident Putin lächerlicherweise als angeblich angeklagter „Kindesentführer“ beworfen wird. Diese Taktik ist nicht neu. Sie stammt aus dem alten anglo-amerikanischen Drehbuch, das zuerst für den Einsatz gegen Slobodan Milosevic verfeinert wurde.

Die *Washington Post* schrieb am 28. Mai 1999:

Russland gelobte, weiterhin zu versuchen, zwischen der NATO und dem jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic zu vermitteln; aber die Anklage gegen Milosevic am Vorabend des Besuchs von [Vermittler] Tschernomyrdin wurde von Russland verurteilt. Die Zeitung *Iswestija* stellte fest, dass „es unmöglich ist, sich mit einem gesuchten Militärverbrecher zu einigen“ und behauptete, die Anklage würde Tschernomyrdins Diplomatie zunichte machen.

Um es ganz klar zu sagen: Das Drehbuch für Jugoslawien bestand genau darin, zu verbreiten, dass Milosevic „das Problem“ sei und dass, sobald er weg sei, eine Einigung in greifbare Nähe rücken würde. Das hat natürlich nicht gestimmt. Das Wort wurde nicht gehalten. Es ging darum, dass Milosevic nach Den Haag ging, und Jugoslawien wurde zerstückelt.

Natürlich ist Russland nicht Jugoslawien. Im Jahr 1999 war Russland besonders schwach. Das ist es heute nicht. Weder Russland noch China oder die USA (und auch nicht die Ukraine) sind Mitglieder des Römischen Statuts, mit dem der Internationale Strafgerichtshof eingerichtet wurde, obwohl die Ukraine sich daran beteiligt. Hinzu kommt, dass bis heute alle [44 vom Gerichtshof angeklagten Personen](#) Afrikaner waren; der IStGH hat offenbar gezögert, gegen westliche Staaten zu ermitteln.

In Russland nimmt daher niemand diese Anklage ernst – man sieht sie eher als Vorboten westlicher Verzweiflung.

Aber Großbritannien tut es offensichtlich. Es sitzt auf dem Fahrersitz – mit den USA, die wieder einmal die Führung übernehmen. Seit einigen Monaten kursieren Gerüchte über Versuche westlicher Mächte, im vergangenen Jahr ein UN-Sondertribunal zur Verfolgung „russischer Kriegsverbrechen“ einzurichten. Diese Bemühungen scheiterten jedoch entweder an der Einrichtung eines eigenständigen Tribunals oder an der von westlichen Vertretern ins Spiel gebrachten Verweisung der Generalversammlung an den Gerichtshof in Den Haag. Es gab weder die Unterstützung noch einen Konsens darüber, dass eine Rechtsgrundlage für ein solches Vorgehen existiert.

Wenn dieser Haftbefehl also rechtlich fragwürdig ist, wie konnte er dann ausgestellt werden, angesichts der in der Generalversammlung geäußerten allgemeinen Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Ausstellung eines Haftbefehls durch den IStGH gegen ein Staatsoberhaupt, das nicht Mitglied des Römischen Statuts ist oder dessen Gerichtsbarkeit nicht anerkennt?

Nun, wir können es nicht mit Sicherheit sagen – aber der Mann, der den Haftbefehl verfasste, war Karim Khan, ein prominenter britischer Anwalt, der vom Vereinigten Königreich für den Posten des Generalstaatsanwalts nominiert worden war. Er ist der Bruder von Imran Ahmad Khan, einem britischen Tory-Politiker, der letztes Jahr [wegen Kindersex verurteilt](#) wurde.

Hier liegt also der kontraproduktive Knackpunkt: Nach der Beschlagnahmung russischer Vermögenswerte durch den Westen im letzten Jahr und der Drohung, jegliches russische Gold, das sie finden, zu konfiszieren, haben viele nicht-westliche Staaten das Risikokalkül, ihre Reserven in westlicher Obhut zu halten, überdacht. In der Folge kam es zu einer Flucht von Gold und Devisen aus westlichen Ländern.

Die Einsetzung eines IStGH unter einem derart fadenscheinigen Vorwand – ohne offensichtlichen Verweis einer zuständigen Behörde auf den Gerichtshof – muss viele hochrangige Politiker, die

Europa besuchen, einem neuen Risiko aussetzen: der juristischen Kriegsführung – Lawfare –, die als geopolitischer Knüppel gegen Regierungen eingesetzt wird, die den westlichen Interessen in irgendeiner Weise zuwiderhandeln. Auch hier werden die Staaten zu Recht vorsichtiger werden, was die Interaktion mit westlichen Rechtssystemen angeht. Lawfare ist in Mode – sehen Sie sich an, was [in den USA mit Trump](#) und seinen Anhängern passiert. Einspruch!

Im Fall von Präsident Putin geht es nicht um Druck oder Interessen des Westens – es geht schlicht und einfach um einen Regimewechsel. Der Haftbefehl ist eine direkte Drohung gegen ein Staatsoberhaupt. Er hat vor allem zur Folge, dass das Klima für einen Dialog zwischen Moskau und Kiew sabotiert wird. Es war unklug von Zelensky, die Kriegsverbrechen von vornherein auf den politischen Tisch zu legen.

Das Gesetz der unbeabsichtigten Folgen: Die westliche herrschende Klasse hält an der Überzeugung fest, dass Putin – im Stil von Milosevic – gestürzt werden kann. Die britischen Medien scheinen zu glauben, dass pro-westliche russische Oligarchen Putin stürzen werden, weil sie sich für seine Anklage wegen „Kindesentführung“ schämen. Das ist absurd! Der Schritt hat Putins Ansehen außerhalb des Westens nur erhöht – die Einschätzung des politischen Verstandes und des Verständnisses Europas für Russland ist jedoch stark gesunken.